

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Erig Anhold.
Für die Inserate verantwortlich:
Arthur Kupfer.
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag
Gebrüder Wenthner
(Inh.: Paul Wenthner)
in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.
Für unverlangt eingehende Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 50 Pf. — Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Verleger frei ins Haus vierteljährlich 1.42 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungs-katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserentionspreis: Die fliegende Korpusspaltzeile oder deren Raum 10 Pf. — Rückfragen 25 Pf. — Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Der deutsche Staatssekretär von Tschirsky und Bögerdorff und Gemahl sind gestern nach in Pisa eingetroffen.

Am 4. Oktober wurden 10 Kilometer nördlich von Kretmanshoop der Jarmer Schütt sowie die Büren Gansfam und Potgieter von Viehräubern erschossen.

Die sächsische Landesynode ist am Dienstag geschlossen worden.

Der König von Sachsen ist nach beendigten Hochzeitsfeierlichkeiten gestern von Cannes wieder abgereist, nachdem er dem Präsidenten Fallières ein Danktelegramm zugesandt hat.

Die Stiftsvorsteherin Hänsler in München wurde im Wiedereröffnungsverfahren von der Anklage des Giftmordes freigesprochen.

Die französische Regierung beabsichtigt dem deutschen Kaiser für seine Intervention bei der Ueberführung der Gebeine der in Mainz verstorbenen französischen Soldaten zu danken.

Die Ernennung des zurückgetretenen Kriegsministers von Pittrich zum Chef des Generalstabes steht bevor.

Die Meldung von der Vermählung des Prinzen Joachim von Preußen mit einer früheren Schauspielerin namens Sulzer beruht auf Erfindung.

* Näheres siehe unten.

Neue Militärforderungen und neue Steuern!

Dass die geplanten neuen Heeresforderungen geeignet sind, die Bilanzierung des Reichsetats in Frage zu stellen, und dass sich deshalb die Notwendigkeit neuer Steuern ergibt, das teilt uns mehr als die Neue Milit. Pol. Korresp. mit. Zunächst macht sie über die neuen Heeresforderungen die Mitteilung, dass sie außer Organisationsveränderungen unter Wahrung des Quantitätsgebodens und größeren Materialforderungen aus Voranschlägen zur Beschleunigung des Tempos in der Umbewaffnung der Artillerie und Infanterie bestehen. Der Gesamtbedarf für diesen letzteren Zweck beträgt 150 Millionen Mark, deren etwa hälftige Verteilung man im Reichstag auf sechs Jahre

angenommen hatte. Die gesteigerte Leistungsfähigkeit der zu der Umbewaffnung herangezogenen Privatindustrien und der staatlichen Werkstätten ermöglicht diese Beschleunigung. Zu recht fertigen sucht man diese Beschleunigung dadurch, dass andere Großmächte ähnliche Ziele verfolgen, und man vor ihnen durch schnellere Arbeit einen Vorsprung gewinnen müsse. Besonders bemühe sich Frankreich, uns durch Modernisierung der Infanteriebewaffnung voranzutreiben.

Ueber die Deutung der projektierten Ausgaben schreibt die genannte Korrespondenz, der zwar die Berl. Korresp. die Offiziellität abgeprochen hat, die aber doch in der Heeres- und Marineverwaltung sowie im Reichshofamt die besten Verbindungen besitzt:

„Nach dem vom Reichstage erzwungenen Präzedenzfalle aus dem Jahre 1904-05 werden die militärischen Mehrforderungen auf dem ordentlichen Etat erscheinen und ihre Deutung wird Sache der Steuerausbringung, nicht einer Anleihe sein. Von dem Steuerbedürfnis von 200 Millionen, das der Reichstag anerkannt hat, sind durch die neuen Aufträge des Vorjahres erst 176 Millionen gedeckt. Es scheinen Beratungen zwischen dem Herrn Reichsminister, dem Reichshofsekretär und dem preussischen Finanzminister, die erst unlängst ihren Abschluss gefunden haben, auf das baldige Einbringen einer Branntwein- (Maishöflich-) Steuerreform zu deuten, deren Ertrag — bei starker Stauffelung und Schonung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe — auf 25 Millionen zu schätzen sein wird. Der Vorschlag einer Rahmzölle-Umsatzsteuer ist bei den gegenwärtigen Teuerungsvhältnissen als ungangbar fallen gelassen worden. Die ebenfalls angeregte Wehrsteuer hat man endlich bis zum Jahre 1913 zurückgestellt. Bei der dann eintretenden Erschöpfung des Reichsinvalidenfonds soll diese Steuer der weiteren Fürsorge für unsere Kriegsveteranen dienen.“

Wie sich die Regierung zu einer Umsatzsteuer für Großmühlen und zu einer Wehrsteuer stellen wird, das wird man ja gleich in den ersten Sitzungen des Reichstags erfahren. Hoffentlich bestätigt sich die Angabe der Neuen Milit. Pol. Korresp., dass in den maßgebenden Kreisen an eine Mühlenumsatzsteuer überhaupt nicht gedacht wird. Was die Vertagung der Wehrsteuerfrage auf das Jahr 1913 bedeutet, ist nicht einzusehen. Eine Wehrsteuer ist nicht nur heute und morgen, sondern auch übermorgen aus theoretischen wie praktischen Gründen vom Uebel. Der Finanzminister von Rheinbaben hat dies bei den Steuerverhandlungen im vorigen Frühjahr so klar auseinandergesetzt, dass er sogar die meisten parlamentarischen Anhänger einer Wehrsteuer umgestimmt hat. Die von ihm angeführten Gründe bleiben aber auch weiterhin bestehen. Eine Maishöflichkeitssteuerform hält man vielfach an sich für notwendig, dagegen kann es nicht befremdend sein, dass sie nur vorgeschlagen wird, um weitere Militärausgaben zu erleichtern, ohne dass gleichzeitig andere drückende Steuerlasten abgeschafft werden.

Der preussisch-polnische Krieg.

Wie aus den offiziellen Aeußerungen, die wir unseren Lesern in der letzten Dienstags-Nummer mitteilten, hervorging, bleibt es bei dem deutschen Religionsunterricht in den polnischen Volksschulen, und da die Polen, nun einmal das menschlische und vor allem vom Standpunkte der Religion aus vollkommen verständig Bedürfnis haben, mit ihrem Gott in derjenigen Sprache zu verkehren, in der die Mutter sie beten gelehrt hat, da sie ferner den leidenschaftlichen Wunsch hegen, in ihrem Verkehr mit Gott, also da, wo es sich um die intimsten Reaktionen ihrer Herzen handelt, die Sprache zu sprechen, in der sie ihre Gedanken und ihre Gefühle zum Ausdruck zu bringen gelernt haben, so wird es auch dabei bleiben, dass die Schulpolitik der preussischen Regierung nicht als ihren Interessen entsprechend, sondern als unvereinbar mit ihren Interessen angesehen und dieser Politik der erbittertsten Widerstand entgegenzusetzen.

Und was glaubt man mit der Anwendung „aller geistlich zulässigen Mittel“ erreichen zu können? Wir wissen es wohl: diese Mittel sind gewaltig groß, und diejenigen, die sie an ihrem Leibe zu spüren bekommen, können an ihnen elend zugrunde gehen. Die Gefängnisse werden sich mit Hunderten von polnischen Insassen bedecken, und unter ihnen werden polnische Männer sein, und Kinder, Frauen, Greise und Greisinnen. Jeder Verurteilte aber wird ein Märtyrer in den Augen seines Volkes werden, und sein Martyrium wird seine Volksgenossen zu um so hartnäckigerem Widerstande anfeuern. Und was soll nun endlich werden? Wie, wenn es nicht gelingt, das Nationalgefühl des polnischen Stammes durch die Einsperrung einiger indert Polen und Polinnen zu vernichten? Will man alsdann die aufstrebende Insperren, will man die Polen, wenn sie sich dadurch nicht schrecken lassen — und nach dem, was wir bisserlich haben, glauben wir nicht, dass sie sich schrecken lassen will man die Polen dann vernichten, perschniettern, zerschmettern? Ach, in Polen lebt mehr als eine Million preussischer Staatsangehöriger von polnischer Abkunft, und diese Million Menschen läßt sich eben nicht ausröten. Es wird da ein ewiger Opfervoller Krieg toben, und wir fürchten, das große Preußen wird in diesem Kriege Vorbeeren nicht ernten.

Wer Deutscher ist, wer sein Volkstum liebt, wem seine Nationalität über alles teuer ist, und wer mit dem Dichter denkt, der da sagt: „Muttersprache, Mutterlaut, wie so wohnsam, so traut“ — der wird begreifen, warum die Polen durch die hatatistische Politik unserer Regierung in eine so ungeheure Erregung hineingetrieben werden mußten, der wird diese Politik nicht billigen können, sondern sie gänzlich verwerfen. Er wird sich dem Abg. Gothein anschließen, der in einem Artikel der Wochenchrift Nation über die preussische Polenpolitik die Thesen aufstellt: „Vom Standpunkt einer geläuterten Moral aus ist es unbillig, jemandem seine Muttersprache nehmen zu wollen, seiner Individualität, seinen religiösen Empfindungen zu nahe zu treten.“ Das Streben, anderssprachige Volksteile durch Druck ihrer Nationalität zu entleiden... ist nicht patriotisch, ist vielmehr das Zeichen politischer und kultureller Rückständigkeit. Patriotisch sein, heißt gerecht sein, auch dem anderen Volkstamme gegenüber.“

Es also die preussische Polenpolitik vom Standpunkte der Gerechtigkeit nicht zu billigen, so ist sie, wie die Berliner Morgenpost sehr treffend meint, es noch weniger vom Standpunkte der politischen Zweckmäßigkeit aus. Man will die Polen zu verlässlichen preussischen Staatsbürgern machen. Gut, einverstanden! Einverstanden auch damit, dass den Polen zum Bewußtsein gebracht wird, wie ihre Träume von der Aufrichtung des alten Jagellonenreichs Schäume sind und bleiben müssen, wie Polen für immerdar zu Preußen gehören wird, und wie das Schlagwort „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ eben nichts anderes ist als ein Schlagwort, kraft- und machtlos gegenüber den politischen Realitäten. Also verlässliche preussische Staatsbürger sollen die Polen werden, das ist der politische Zweck, den die preussische Regierung verfolgt und verfolgen muß. Diesen Zweck aber erreicht sie durch ihre Politik nicht; im Gegenteil, sie entfernt sich von ihrem Ziel um so mehr, je länger sie an der Unterdrückungspraxis gegen die Polen festhält. In dem bereits citierten Artikel sagt Abg. Gothein u. a.:

Politische Tageschau.

Aue, 1. November 1906.

Dernburgs Debut als Redner.

In Halle a. S. hat die neue Kolonialerzelenz als Redner debutiert, und man kann ohne jede Schmeichelei sagen, daß der Eindruck der oratorischen Leistung sehr günstig war. Ramentlich berührte die Arbeitsfreudigkeit sehr angenehm, die aus den Ausführungen des Kolonialdirektors hervorging, und zweitens war die Hoffnung, die Dernburg in die Zukunft der deutschen Kolonien setzt, auch im deutschen Volke einen optimistischen Widerhall erwecken. Denn Herr Dernburg genießt von seiner Tätigkeit als Bankdirektor her den Ruf eines ausgezeichneten Geschäftsmannes, und man kann wohl annehmen, daß er dieses Renommee nicht bei einer aussichtslosen Sache aufs Spiel setzen werde. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß unsere Kolonien nur dann prosperieren werden, wenn ihre geschäftliche Ausbeutung kaufmännisch und nicht bürokratisch betrieben wird. Nicht verachtete Junker und Juristen gehören hinaus in unsere überseeischen Besitzungen, sondern arbeitgewohnte Kaufleute, denn diese gehören zu den ersten Kulturpionieren der Menschheit. Mit unserer Kolonialverwaltung wurde schon lange genug fruchtlos herumexperimentiert, und nur die Scheuklappe des Bürokratismus ist daran schuld, daß uns unsere überseeischen Territorien bisher nur schwere Opfer an Geld und Blut gekostet haben, anstatt das Nationalvermögen zu vermehren. Die Ernennung Dernburgs bedeutet unverkennbar einen Bruch mit dem alten System, und man kann nur lebhaft wünschen, daß die Hoffnungen in Erfüllung gehen, die man allgemein im deutschen Volke in die Person des neuen Kolonialdirektors setzt, dann wären wir allerdings mit unserem Koloniallatein so ziemlich zu Ende, aber der deutsche Kaufmann hat noch niemals versagt, und das ist unser Trost! — Nach der Dortmunder Ztg. soll Dernburgs Plan zur wirtschaftlichen Ausschließung Deutsch-Südwestafrikas dahin gehen, zu beiden Seiten der großen Verkehrswege je 100 Kilometer Farmland militärisch zu besetzen und so auszureichern zu sichern, daß von Seiten des Reiches den innerhalb dieses Radius liegenden Anwohnern Leben und Besitz garantiert werden. Alle Farmer und Händler, die sich außerhalb der 100 Kilometer-Schuttklinie ansiedeln und bewegen, tun dies auf eigene Schuld. Mit der Zeit soll der Radius dieser Schuttklinie stetig vergrößert werden, bis die Gesamtkolonie gesichert sein werde. Für die nächsten 10 Jahre scheint man, so schreibt das Blatt weiter, auf ein dieses Planes in der Kolonialabteilung mit einem durchschnittlichen Zuschuß von etwa 30 Millionen Mark zu rechnen. Verhört bleiben davon die außerordentlichen Aufwendungen, welche durch die Wiedereinbringung der Bahnvorlage Rubid-Kemanshoop und die weitere Entschädigung der Anwohner dastellt sein werden. Ansehend will Dernburg nur eine Beihilfe hauptsächlich in Form von Zuteilungen von Vieh an die geschädigten Farmer vom Reichstage fordern.

Was du nicht willst, daß dir geschieht, Das tu' auch einem andern nicht. Gilt dieses alte gute Wort heute nicht mehr?